

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 12, 15. Juni 2000

rechts

Einblicke

Handeln

Von Ralf Bachmann

Eine Umfrage der Universität Leipzig brachte Zahlen an den Tag, die erschrecken und mahnen. Der erste, der sie öffentlich nutzte, war der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Er weiß aus bitterer Erfahrung, was dahinter steckt, wenn von 1 600 repräsentativ befragten Deutschen 20,9 Prozent im Westen und 17,7 im Osten Verständnis dafür äußern, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind. Nicht minder aussagekräftig ist die Meinung von 15,8 Prozent der West- und 12,1 der Ostdeutschen, die Juden seien an ihrer Verfolgung selbst nicht unschuldig. Beim Vergleich dieser Daten mit einer gleichzeitigen Forsa-Umfrage, wonach etwa zehn Prozent der Deutschen für rechtsextremes Gedankengut zugänglich sind, ergibt sich, dass sich latenter Antisemitismus nicht auf diejenigen beschränkt, die dem Rechtsextremismus zuneigen. Dabei ist kaum einer der „Leute auf der Straße“ jemals einem leibhaftigen Juden begegnet.

Viele Politiker beruhigen sich damit, dass die Mehrheitsverhältnisse wohl eindeutig seien. Für Juden aber schrillen, wenn sie solche Zahlen hören, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Holocaust Alarmglocken. Das Meinungsbild in der Weimarer Republik sah an der Wende zu den Dreißigerjahren noch harmloser aus, bis Wirtschaftskrise, Goebbelsscher Populismus und Hitlers Rassenhetze die jähe Wende brachten, deren Ende Auschwitz und Völkermord waren. Spiegel verwendete die Umfrage im Artikel einer jüdischen Zeitung zur Auftaktveranstaltung des Bündnisses „Toleranz gegen Extremismus und Gewalt“, das er – ohne übertriebene Erwartungen – als sinnvollen Schritt begrüßte. Er nutzte sie als Warnung. Breite Zusammenschlüsse sind nötig, weil man den Neonazis nur gemeinsam wirksam entgegentreten kann. Aber ihr Schicksal bestimmt nicht radikales Wortgeklänge, sondern eben diese Wirksamkeit. Das Motto des Bündnisses lautet „Hinschauen. Handeln. Helfen“. Offene Augen sind wichtig. Entscheidend wird das Handeln sein.

Neonazi-Seiten im Netz

Nach Ansicht von Devin Burghart, Direktor des US-amerikanischen Center for New Community, befördert das Internet „eine „virtuelle Kultur des Hasses“. **Seite 2 ■**

Rechte Systemgegner

Die Zeitschrift „Opposition“ will eine fundamentale Oppositionshaltung beziehen und sucht Verbündete im linken Lager. **Seite 4 ■**

Verhängnisvolles „J“

Der Judenstempel in den Ausweisen geht auf einen Vorschlag der Schweizer Regierung zurück. **Seite 6 ■**

Aufgewärmte Kamellen

In einem von Rolf-Josef Eibicht neu herausgegebenen Sammelband werden Vertreibung und NS-Zeit aufgerechnet. Mehrere Beiträge sind aus früheren Veröffentlichungen entnommen. **Seite 7 ■**

Zulauf für Militante

Das Potenzial an gewaltbereiten Skinheads ist in Brandenburg und in Sachsen angestiegen. **Seite 9 ■**

Meldungen

Seite 15 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Interview

Hassseiten im Netz

Nach Ansicht des Direktors des Center for New Community in Chicago, Devin Burghart befördert das Internet eine „virtuelle Kultur des Hasses“. Durch das Netz allein würden allerdings keine Rassisten geschaffen, sagte Burghart in einem Interview mit dem „blick nach rechts“.

Das Center for New Community konzentriert sich auf antirassistische Bildungsarbeit und beobachtet die extreme Rechte in den USA sowie deren internationale Verbindungen. Mit dem Direktor des Centers in Chicago, Devin Burghart, sprach Korinna Klasen.

BNR: *Wieviele rechtsextreme Webseiten gibt es zur Zeit weltweit?*

Burghart: Da jeden Tag neue Webseiten hinzukommen und bestehende Seiten ihren Dienst einstellen, ist es schwierig exakte Zahlen zu nennen. In den USA haben wir in den letzten Monaten 350 bis 400 rechtsextreme Webseiten gezählt, in Deutschland sind es momentan ebenfalls rund 300.

BNR: *Worin besteht Ihrer Meinung nach die Gefahr von Neonazis im Internet?*

Burghart: Zunächst einmal ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass die Anhänger der weißen Vorherrschaft schon lange zu denjenigen gehören, die sich der neuesten Technologien bedienen. Zu Beginn der 80er Jahre richteten rechtsextreme Kader in den USA wie Louis Beam und Tom Metzger von der White Aryan Resistance (WAR) Computerbulletinboards ein, um die Bewegung zusammenzubringen. Andere Rechtsextreme sind schon lange in der Hacker-Subkultur aktiv. 1995 öffnete sich die sogenannte elektronische Grenze des Internets für die Massen und schuf damit eine Goldgräberatmosphäre. Während die großen Konzerne wie Microsoft und Netscape um die Kontrolle über dieses neue Territorium kämpften, sahen Anhänger der weißen Vorherrschaft das Internet als einen neuen Raum, den es zu okkupieren gilt. Einer der ersten war Don Black, ein ehemaliger Ku-Klux-Klan-Aktivist, der seine Computerkenntnisse im Gefängnis erwarb, während er eine Haftstrafe für den gescheiterten rechtsextremen Putsch auf der karibischen Insel Dominica absaß. Blacks Vorstöße in die Welt des Internet mit seiner Webseite „Stormfront.org“ öffnete die Türen für andere Rechtsex-

tremisten, die hofften, ihr Territorium in einer neuen „Weißen Welt“ abzustecken. Die rechte Bewegung war schon immer schnell dabei, sich neue Kommunikationsformen anzueignen. Das Internet ist lediglich eine Waffe mehr in ihrem Arsenal, zu dem Faxgeräte, Video- und Audiokassettenvertriebe, Kurzwellenradiosender und Desktop-Publishing gehören. Die ersten, die das neue Medium Internet annahmen, waren rassistische Jugendliche: White Power Skinheads griffen zur Computertastatur. Die Anzahl rechter Webseiten stieg rapide - 1996 waren es schon über 100. 1997 fanden am Rande von Ku-Klux-Klan-Kundgebungen in der Provinz Workshops zum Internet statt - eingebettet in Vorträge über „das internationale Judentum“ und Schusswaffentraining. Ab 1998 waren fast alle Segmente der US-amerikanischen Rechten Online - und europäische Rechtsextremisten folgten diesem Beispiel. Heute nutzen Cyberhate-Webseiten die gesamte Bandbreite der neuen Technologien - von Internet-Radio und Videoübertragungen bis hin zu elektronischem Vertriebssystemen.

BNR: *Welche Funktionen hat das Internet für Neonazis?*

Burghart: Es gibt mehrere Gründe für Neonazis, das Internet zu nutzen: Zum einen, um ihre Propaganda zu verbreiten: Das Internet erlaubt es Neonazis, nationale Gesetzgebungen in Bezug auf die Verbreitung von Nazimaterial zu umgehen, zum Beispiel die Strafgesetzgebung der meisten europäischen Staaten. Das Internet macht den Zugriff auf Publikationen wie „Mein Kampf“ und die „Turner Tagebücher“ extrem einfach, wie die jüngste Auseinandersetzung mit Amazon.com zeigt. Außerdem sparen sie das Geld für Druckkosten, wenn sie ihr Propagandamaterial ins Netz stellen und es ermöglicht einfachen Zugang zu Layoutmaterial und neuen Inhalten. Zweitens ermöglicht das Internet uneingeschränkten Zugang zu terroristischem Material, wie Bombenbastelanleitungen, Informationen über die Handhabung diverser Sprengstoffmaterialien und entsprechende Handbücher. Drittens hat das Internet die Bedeutung des Vertriebs aller Arten von rechtsextremer Propaganda erheblich erhöht. Das Internet ist der billigste Weg, um Zugang zu - manchmal auch verbotenen - Neonazimaterial zu bekommen und um finanzielle Einnahmequellen zu schaffen. Heute sitzen US-amerikanische Mittelklassejugendliche bequem zuhause und bestellen die neuesten deutschen White Noise CDs von Resistance Records oder anderen Vertrieben, indem sie einfach Online mit ihrer Visa oder Mastercard bezahlen. Um die Bedeutung dieses Sektors zu illustrieren, möchte ich nur das

Beispiel von Resistance Records anführen, dem Marktführer unter den US-amerikanischen Neonazimusikvertrieben: Das von William Pierce, dem Anführer der National Alliance, vor kurzem aufgekaufte Label, geht davon aus, in diesem Jahr einen Gewinn von mehr als 1,5 Millionen Mark durch den Verkauf von White Power Musik-CDs zu machen. Ein wesentlicher Prozentsatz des Verkaufs wird durch die Webseite von Resistance Records und ihrem neuen Internetradio, Resistance Radio, erwartet. Viele ihrer Online-Kunden kommen aus dem Ausland. Darüber hinaus wird durch das Internet die Entstehung einer „virtuellen Kultur des Hasses“ befördert.

BNR: *Gibt es spezifische Verbindungen zwischen deutschen und US-amerikanischen Neonazi-Webseiten?*

Burghart: Viele US-amerikanische Webseiten haben Links beziehungsweise Querverweise zu deutschen Neonaziseiten; ein Beispiel hierfür ist der Link zwischen der Stormfront-Seite und dem Thule-Netz. Bedeutender ist allerdings, dass die National Alliance, die wichtigste Neonazigruppe in den USA, einen Link zur NPD hat. Dieser Link spiegelt eine real existierende organisatorische Verbindung zwischen zwei der wichtigsten rechtsextremen Gruppierungen wieder. Darüber hinaus findet sich eine wachsende Anzahl von deutschen Neonazi-Webseiten bei US-amerikanischen Internetservice-Anbietern ein, um Probleme mit der deutschen Justiz zu vermeiden und die wesentlich lockereren Bestimmungen in Bezug auf Volksverhetzung etc. in den USA auszunützen.

BNR: *Welche Rolle spielt das Internet bei der Verbreitung von Neonazimusik?*

Burghart: Die Verbreitung von „White Noise“ ist vielleicht der wichtigste Aspekt in der ganzen Diskussion um das Internet und seine Nutzung durch Neonazis. Das Internet hat es einfacher gemacht, rechtsextreme Musik zu hören, dafür zu werben, zu verkaufen und eine Kultur drumherum zu schaffen.

BNR: *Welche Fraktionen der extremen Rechten nutzen das Internet am meisten?*

Burghart: Heute sind alle Fraktionen der extremen Rechten im Internet aktiv - von White Power Skinheads über den Ku-Klux-Klan sowie Holocaust-Leugnern und akademischen Rassisten und soweit. Trotzdem sind in den USA einige Segmente der extremen Rechten keineswegs Online. Beispielsweise hat der Herausgeber des „Spotlight“, der führenden rassistischen und antisemitischen Wochenzeitung in den USA, vor kurzem festgestellt, dass die überwiegende Mehrheit sei-

ner etwa 100.000 Leser/innen nicht „Computer alphabetisiert“ sind, geschweige denn im Internet zuhause sind. Auch wenn die Zahl von Neonazis im Internet ansteigt, handelt es sich doch zumeist um Jüngere. Das heißt, es entsteht ein Generationskonflikt zwischen rechtsextremen Gruppierungen. In den USA gilt außerdem generell die Regel: Je größer und beeindruckender die Webseite ist, desto kleiner ist die Gruppe, die dahinter steht.

BNR: *Sollten Ihrer Meinung nach Neonazi-Webseiten verboten werden?*

Burghart: Aufgrund der dezentralisierten Struktur des Internet ist es nahezu unmöglich geworden, „Cyberhate“-Seiten zu verbieten. Wenn die deutsche Regierung heute eine bestimmte Seite eines deutschen Internetservice-Anbieters verbieten würde, würde sie relativ einfach morgen in den USA, der Tschechischen Republik oder Singapur wieder auftauchen. Anstatt neue Gesetze zu verabschieden, sollten die existierenden Gesetze in Bezug auf die Verbreitung und Herstellung von Neonazi-Propagandamaterial auch Online-Material mit einschließen und dann auch angewandt werden.

BNR: *Wie kann Ihrer Meinung nach gegen „Cyberhate“ vorgegangen werden?*

Burghart: Es gibt mehrere Wege, um das Anwachsen von Cyberhate zu verhindern: Zum einen durch die Entwicklung sogenannter „Filtersoftware“ - Computerprogramme, die den Zugang zu bestimmten Webseiten verhindern. Es gibt dabei allerdings einige Probleme: Zum einen muss eine derartige Software erst einmal installiert werden, um effektiv zu sein. Zum anderen wurde beispielsweise der Zugang zu den Webseiten einiger europäischer Antifagruppen durch ein beliebtes amerikanisches Filterprogramm ebenfalls blockiert. Am effektivsten ist sicherlich eine präventive Zusammenarbeit mit Internetservice-Anbietern und E-Kommerz-Firmen. Hier können und sollten gemeinsame Richtlinien zum Umgang mit „Cyberhate“ erarbeitet werden. Eines sollte allerdings bei aller berechtigten Sorge über das Anwachsen von rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer Propaganda im Internet nicht vergessen werden: Cyberhate ist die Arbeit von realen Personen, gegen die an Ort und Stelle vorgegangen werden sollte. Wir müssen aufpassen, dass die Metapher von „Cyberhate“ nicht den Blick dafür verstellt, dass es um rechtsextreme Entwicklungen in real existierenden Städten und Gemeinden geht. Während des Internet ohnehin schon bestehende Haltungen und Meinungen bestärken kann, können allein durch das Netz keine Rassisten geschaffen werden.

Korinna Klasen

Hintergrund**Systemopposition**

Ein rechtes Magazin hat sich die fundamentale Gegnerschaft zur „politischen Kaste“ auf die Fahne geschrieben und sucht Verbündete im linken Lager.

Neue Zeitschriftenprojekte haben es heutzutage immer schwer. Erst recht wenn sie Minderheiten bedienen. Dies gilt besonders für die extreme Rechte: die Klientel ist lesefaul, intellektuell unbeweglich, theoriefeindlich und stets mit mindestens einem Auge auf die angestrebte Regierungsmacht schielend. Wie schwer es ist, in diesem Spektrum ein neues Produkt auf den Markt zu etablieren, musste zum Beispiel der Kölner Jungverleger Manfred Rouhs erleben, dessen „Signal“ (früher „Europa vorn“) kaum noch ein Nischendasein führt.

Es zeugt also entweder von an Leichtsinn grenzenden Mut, wenn in diesem Teil der politischen Landschaft eine Neugründung gewagt wird, oder aber es ist ein beträchtlicher finanzieller Rückhalt als Basis vorhanden, der das Risiko kalkulierbar macht. Letzteres trifft auf die 1998 gegründete Zeitschrift „Opposition“ zu, die ein „Magazin für Deutschland“ sein will, denn sie erscheint in Gert Sudholts Verlagsgesellschaft Berg, also in einem der größeren Verlagshäuser der extremen Rechten in der Bundesrepublik. Ein Programm, das zu einem gehörigen Teil aus Erinnerungsbänden für die Senioren unter den Anhängern, einigen Erfolgsautoren wie Franz Schönhuber sowie gut eingeführten Jahrbüchern („Deutsche Annalen“) besteht, dürfte genug Rendite garantieren, um das Risiko einer neuen Zeitschrift, der zweiten neben der „Deutschen Geschichte“, einzugehen.

1998 musste inzwischen selbst den unverbesserlichen Optimisten innerhalb der extremen Rechten klar sein, dass Wahlerfolge höchstens noch vereinzelt unter besonders günstigen Rahmenbedingungen, keinesfalls aber von einer der bestehenden Formationen flächendeckend zu erzielen sein würden. Egal ob man für diesen Umstand nun die Zersplitterung verantwortlich machte oder aber inhaltliche Defizite als Ursache ansah, die Konsequenz war jeweils die gleiche: als notwendig angesehen wurden inhaltliche Klarheit, ideologische Schulung und ein Ende der Träumereien von einer möglichen Regierungsbeteiligung als Juniorpart-

ner der Unionsparteien. Eine deutliche Oppositionshaltung nicht gegenüber einer bestimmten Regierung, sondern zum gesamten politischen System wird als das Gebot der Stunde ausgemacht. Opposition „nicht nur gegen die die anhaltende, allgemeine Zumutung des Amerikanismus, sondern nicht minder gegen eine politische Kaste, die Deutschland nur noch als Wirtschaftsstandort, das deutsche Volk nur mehr als entmündigte Masse dauermanipulierter Kulturzombies akzeptiert (...) Hier kündigen wir Opposition an, aber anders als im Bundestag: fundamental und unmissverständlich. Und weil wir damit noch eine gute Weile beschäftigt sein dürften, ehe sich eine ernst zunehmende politische Alternative am Parteienfirmament zeigt, bekennen wir uns auch im Titel dieser Zeitschrift als das, was wir sind und bis auf weiteres bleiben werden: Opposition. Opposition für Deutschland.“ So wie dem Fuchs zu hoch hängende Trauben zu sauer waren, so erklärt man hier die Not zur Tugend, wendet die Resignation zu Trotz.

■ Abkehr vom Schmusekurs ■

Neben seiner Finanzkraft hat Sudholt unbestritten den Ausgangsvorteil, dass er aus seiner Verlegerstätigkeit auf eine ganze Reihe in diesem Lager bekannter Autoren zurückgreifen kann. Auch in seinen „Deutschen Annalen“ ist stets darauf geachtet worden, nicht eindeutig mit einer bestimmten Partei in Verbindung gebracht zu werden. Die „Neutralität“ zwischen den zerstrittenen Formationen konnte also behauptet werden, obwohl Sudholt selbst eine langjährige Vergangenheit in diversen Gruppierungen der extremen Rechten an jeweils führender Stelle vorzuweisen hat. Doch besonders durch seine Funktion als Vorsitzender der wichtigen Gesellschaft für freie Publizistik hatte er bereits seine Integrationsfähigkeit zur Genüge nachgewiesen. Und die Erklärung von Ende 1991 über seinen angeblichen Ausstieg, es verbinde ihn nichts mehr mit dem Rechtsextremismus, ist bei allen Beteiligten entweder längst vergessen oder wird achselzuckend als das abgetan, was sie stets war: ein juristisch nützliches Täuschungsmanöver.

Zunächst war davon ausgegangen worden, dass Andreas Molau die redaktionelle Betreuung übernehmen würde. Denn der ehemalige Redakteur der „Jungen Freiheit“ und frühere Funktionär der Deutschen Hochschulgilde war Ende 1996 aus der Redaktion der „Deutschen Geschichte“ von Sudholt ausgeschieden, und bereits damals war angekündigt

worden, er werde als freier Lektor für den Verlag tätig sein und ein neues Zeitschriftenprojekt vorbereiten. Scheinbar hat aber Molau nichts mit der Neugründung zu tun, noch nicht einmal unter den Autoren taucht er auf. Insider gehen allerdings davon aus, dass er sich hinter dem Pseudonym „Hauke Nanninga“ verbirgt, der regelmäßig mit Beiträgen in „Opposition“ in Erscheinung tritt. Für diese Vermutung spricht auch das Indiz, dass mit „Kai Janssen“ ein weiterer Autor auftaucht, der mit Molau ausscheiden bei der „Jungen Freiheit“ dort nicht mehr als Mitarbeiter in Erscheinung trat.

Auch andere regelmäßige Schreiber der „Opposition“ ziehen es offenkundig vor, nicht unter ihrem Klarnamen zu firmieren. Eher unfreiwillig enttarnte das Blatt selbst durch eine Unachtsamkeit seinen Stammautor Wolfgang Günther, wenig einfallsreich als „Günther Wolf“ auftretend, der bereits seit Mitte der 60er Jahre unter der damaligen Tarnung „Gerd Waldmann“ zu den Publizisten der nationalrevolutionären „Neuen Rechten“ gehörte. Damals war das „realistische Menschenbild“, gemeint ist die „wissenschaftliche Fundierung“ eines biologischen Rassismus, sein Hauptthema. In der „Opposition“ versuchte er wiederholt, der Leserschaft zu verdeutlichen, dass ein Primat des Antikommunismus heutzutage unangebracht sei, im Gegenteil besonders in der PDS noch Verbündete im Kampf gegen Globalisierung und Neoliberalismus zu finden wären.

Mit diesem Ansatz der Überwindung der „politischen Gesäßbackengeographie von links und rechts“ steht er bei der „Opposition“ nicht allein. Für einen ähnlichen Ansatz steht auch der ehemalige DDR-Professor Michael Nier, der heute als NPD-Funktionär aktiv ist, sich aber in seiner neuen Heimat nicht recht wohl fühlt, weil seine nationalbolschewistische Position in der NPD erkennbar minoritär ist. Inhaltlich verwandt ist auch der hessische Unternehmensberater Volker Biek, der mit „Der deutsche Weg“ 1998 eine Buchveröffentlichung in Sudholts VGB vorgelegt hatte, die eine sehr positive Aufnahme in den Blättern der extremen Rechten fand. Der aus der CDU kommende Biek war zur SPD gewechselt und hatte auch diese wieder verlassen, da er keine Karriereoptionen sah. Nach einiger Zeit im Umfeld der extremen Rechten versuchte er im vergangenen Jahr, der PDS beizutreten. Nachdem diese den Kontakt abbrach, trat er erneut der SPD bei. Für die „Opposition“ schreibt er freilich weiterhin. Eine ähnlich bewegte Vergangenheit kann auch Hans Ru-

stemeyer vorweisen, der bei der Deutschen Reichspartei begonnen hatte und über NPD und ÖDP schließlich bei den REP gelandet war. Nachdem mehrere Versuche, ihn aus der Partei auszuschließen, scheiterten, trat er selbst aus.

Für einen solch bunten und wenig pflegeleichten Haufen von Autoren, zu denen sich noch der notorische Querulant Franz Schönhuber gesellt, ist selbstverständlich ein Chefredakteur mit ausgeprägten Integrationsfähigkeiten unverzichtbar. Ein solcher wurde mit Karl Richter gefunden, der bereits hinreichend seine Erfahrungen beim Monatsblatt „Nation&Europa“ gesammelt hatte. Wichtig sind zudem seine Beziehungen aus der Zeit, in der er vorwiegend politisch in der ersten Reihe tätig war. Der Alte Herr der Burschenschaft Danubia Richter, der heute stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik ist, war Pressesprecher der REP in Bayern gewesen, arbeitete als Referent von Harald Neubauer im Europaparlament und schloss sich nach dem Ruhstorfer Parteitag von 1990 der Dissidentengruppe an. In der Deutschen Liga für Volk und Heimat wurde er stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender. So wie Richter damals zu jener REP-Fraktion gehörte, die für eine deutlichere Positionierung rechtsaußen plädierte, so ist er heute weiterhin ein entschiedener Gegner des „Schmusekurses“ von Rolf Schlierer und aller „nationalliberalen“ Ansätze, die das Ziel einer bundesweiten CSU verfolgen. Die einzige Erfolgchance für sein Lager sieht er in der Systemopposition. Insofern ist er der richtige Mann am richtigen Platz.

■ „Überwindung der Gesäßbacken-Geographie“ ■

Trotz der genannten günstigen Rahmenbedingungen ist der erhoffte Durchbruch bisher ausgeblieben. Zwar gelang es relativ schnell, die Erscheinungsweise vom vierteljährlichen Turnus auf einen zweimonatlichen umzustellen und auch an den größeren Bahnhofskiosken präsent zu sein, doch der Abonnentenstamm bewegt sich weiterhin in einem bescheidenen Rahmen. Ende 1999 wurde eine verkaufte Auflage von 1 185 Exemplaren angegeben, wobei die realen Werbeeinnahmen gegen Null tendieren. Trotzdem: man hat sich am Markt etabliert und noch Großes vor. Demnächst will man zur Monatszeitschrift mutieren. 1.000 weitere regelmäßige Bezieher werden dafür gebraucht. Skepsis ist also angezeigt.

Jean Cremet

Hintergrund**Unheilvoller Stempel**

Die Idee, jüdische Pässe mit einem „J“ zu versehen, wurde in der Schweiz ersonnen. Die Behörden wollten die Fluchtbewegung von deutschen Juden stoppen.

Fast ein halbes Jahrhundert haben die Eidgenossen in der Gewissheit gelebt, mit der Nazizeit und dem Zweiten Weltkrieg, dem Rassenwahn und der Shoa nichts zu tun gehabt zu haben. Als im Frühjahr 1995 der 50. Jahrestag des Kriegsendes näher kam, entbrannte in der Schweiz eine heftige öffentliche Debatte um die Frage, ob der Bundespräsident sich für die Einführung des „J“-Stempels in die Pässe von Juden entschuldigen solle oder nicht. Für eine Entschuldigung machte sich vor allem Nationalrat Helmut Hubacher stark, der zuvor der Geschichte dieses Stempels nachgegangen war. Seine Erkenntnis: Diesen Stempel haben nicht die Nazis sondern Schweizer erfunden. Da kurz zuvor der Schweizer Polizeioffizier und berühmte Judenretter Paul Grüninger endlich rehabilitiert worden war, wollte die Mehrheit der Alpenrepublik nicht schon wieder mit ihrer nicht gerade rühmlichen Rolle während der Shoah konfrontiert werden. Das stachelte kritische Zeitgenossen freilich erst recht an, der Frage nachzugehen. An ihre Spitze setzte sich der Baseler Historiker Professor Georg Kreis. Er studierte Akten, ging in Archive und fand heraus, dass der Vorschlag, Pässe von Juden besonders zu markieren, aus der Schweiz stammt und mit dem hochbejubelten „Anschluss“ Österreichs ans „Dritte Reich“ zusammenhing.

Bis März 1938 waren viele Juden aus der „Ostmark“, wie Österreich nach dem „Anschluss“ hieß, in die Schweiz geflohen. Schließlich hatte Berlin ja vorgemacht, was den Juden drohte. Schweizer und deutsche Behörden wollten diese Fluchtbewegung stoppen, wussten aber noch nicht wie. Um sich vor zu vielen Juden zu schützen, schlug Bern im April und Mai 1938 Berlin vor, ein Kennzeichen in jüdische Pässe zu stempeln. Dann bekämen sie keinen Ariernachweis, und den brauchten sie für ein Schweizer Visum. Im August meldete die Schweizer Botschaft in Berlin, die deutsche Seite sei bereit, der Schweiz weit entgegenzukommen. Zwei Monate später, im Oktober 1938, erging in Deutschland der Erlass, Pässe von Juden von sofort an mit dem „J“ zu versehen.

Um lebende oder bislang unbescholtene Schweizer Bürger und Behörden aus jedem Verdacht herauszunehmen, irgend etwas mit diesem infamen Vorschlag zu tun zu haben, wurde alles dem Polizeikommandanten des Kantons St. Gallen, Paul Grüninger, angelastet. Der war ja ohnehin als Nazischerge gebrandmarkt. Doch nach dessen Rehabilitierung als Freund und Fluchthelfer ungezählter Juden ging die Angelegenheit von vorn los. Nun stieß man auf Heinrich Rothmund, in der fraglichen Zeit Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Er gehörte nach dem gültigen Stand der Forschung zum engeren Kreis der Väter dieses meist tödlichen Stempels, die internen Zusammenhänge sind aber komplizierter. Rothmund hat immer wieder versucht, seine Mitverantwortung zu minimieren - in eigenen Veröffentlichungen und als Informant anderer Autoren. So hätten Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft der Schweiz nach einem seiner Vorträge über die Fremdenpolitik Beifall bekundet, was einem Judenfeind wohl nicht gelungen wäre. Dazu sagte Georg Kreis kürzlich der Wochenzeitung „Jüdische Rundschau“ aus Basel: „Den damals anwesenden Juden kann in ihrer Geiselsituation nicht viel anderes übrig geblieben sein.“

■ Wachsender Antisemitismus ■

Das allerdings ändert nichts an der nun feststehenden Tatsache, dass ausnahmsweise eine jüdenfeindliche Maßnahme nicht in Berlin, sondern in der Schweiz ersonnen worden ist. Deutschland wird dadurch keineswegs entlastet. 1938 gab es noch keine Vernichtungslager. Die „Endlösung“ dürfte zwar schon vorbereitet worden sein, aber die Gaskammern kamen erst später. So können besonders aktive Schweizer Revisionisten nach den Forschungen von Kreis sich nur noch auf die Position zurückziehen, Konzentrationslager in Deutschland seien zwar bekannt gewesen, vom bevorstehenden Massenmord habe man aber nichts wissen können.

Die Rückkehr des „J“-Stempels. Zur Geschichte einer schwierigen Vergangenheitsbewältigung“ von Georg Kreis zieht einen Schlussstrich unter dieses Kapitel Schweizer Zeitgeschichte mit dem beeindruckenden Beweis, dass es Antisemitismus auch in anderen Staaten gegeben hat. Aktuell ist das Buch deshalb, weil die Feindschaft gegen Juden derzeit gerade in der Schweiz wieder zunimmt.

Heiner Lichtenstein

Aktivitäten**Nackte Aufrechnung**

Der rechte Publizist Rolf-Josef Eibicht hat einen neuen Sammelband vorgelegt. Der Inhalt ist einschlägig bekannt.

Der Titel ist Programm: „Der Vertreibungs-Holocaust. Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausend-Verbrechens“. Der Band, den Eibicht gemeinsam mit der Österreicherin Anne Hipp herausgibt, rechnet auf, wo er kann. Am liebsten tun die Autoren dies, in dem sie eindeutig durch den NS besetzte Begriffe auf die Vertreibung übertragen. Immer wieder sprechen sie von der „Endlösung der deutschen Frage“. Gelegentlich verweist Eibicht auf das 1999 bei Rowohlt erschienene „Lexikon der Völkermorde“ von Gunnar Heinsohn, dem der Begriff entliehen sei. Die Anführungsstriche in die Heinsohn die problematische Formulierung setzt, fallen bei Eibicht meist fort. Auch die Bezeichnung „Vernichtungslager“, mit der Eibicht Lager versieht, in denen Ost- und Sudetendeutsche nach Kriegsende interniert wurden und zweifellos viele umkamen, weist in diese Richtung. Mit dieser Formulierung beruft sich der Autor auf den US-Journalisten John Sack („Auge um Auge“). Sack aber benutzt die - freilich ebenfalls fragwürdige - Formulierung „Konzentrationslager“. Die Forderungen des Bandes sind nicht neu: Rückgabe der ehemaligen Ostgebiete und verloren gegangenen Privateigentums, Entschädigung der Vertriebenen. Solange dies nicht erfüllt sei, dürften Polen und Tschechien nicht EU-Mitglieder werden.

Sprachliche Aufrechnungsstrategien mag Herausgeber Eibicht von den Frey-Medien übernommen haben, für die sie breit dokumentiert sind. Die „National-Zeitung“ und den DVU-Chef hat Eibicht noch in seinem 1998 erschienenen Band „Deutschlands Rechte“ hofiert, sich aber ein Jahr später mit Frey überworfen (s. BNR 20/99). Das Vorwort des neuen Buches, das im Deutsche Stimme Verlag (DS-Verlag) erschienen ist, gerät nun zur Hommage an das NPD-eigene Unternehmen in Riesa, namentlich den Leiter und früheren JN-Vorsitzenden, Holger Apfel. Eibichts Verbundenheit mit den Nationaldemokraten reicht weit zurück. Der heute 49-Jährige schloss sich mit 17 der NPD an und trat 1971 nach dem verpassten Bundestageseinzug wieder aus. In der Folgezeit war er Mitglied von CDU, CSU, REP, DVU e.V. und ist inzwischen parteilos.

Im DS-Verlag hat der Münchner 1997 bereits den Band „Jörg Haider. Ein Patriot im Zwielficht?“ veröffentlicht. Zuletzt versuchte er, mit dem Kyffhäuser-Verlag eine eigene kleine Firma aufzubauen. Das bislang einzige dort erschienene Buch hat die kommerziellen Erwartungen zweifellos nicht erfüllt. Während sich Eibicht in seinem früheren Haider-Sammelband kritisch mit dem Österreicher auseinandersetzt, werden dieser und seine Partei nun als einzig wahre Interessenvertretung der Heimatvertriebenen präsentiert („Keine österreichische Partei setzt sich so stark für die Sudetendeutschen ein wie die FPÖ unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider“). Offensichtlich war dessen taktischer Rückzug vom Chefsessel bei Drucklegung noch nicht absehbar. FPÖ-freundliche Passagen finden sich vorwiegend in den Ausführungen von Co-Herausgeberin Anne Hipp, die im Autorenverzeichnis denkbar knapp als „Freie Publizistin aus Österreich“ vorgestellt wird. Hipp hat für die Zeitschrift „Sleipnir“ eine begeisterte Rezension des Eibicht-Bandes von 1998 verfasst („Unbedingt selbst lesen“).

Neben den Herausgebern umfasst „Der Vertreibungs-Holocaust“ Beiträge von neun Gastautoren. Das breite politische Spektrum, das Eibicht in früheren Bänden versammelt hat (Heinrich Lummer bis Jürgen Rieger), ist nicht mehr vertreten. Unklar ist, ob dies gewollt oder erlitten ist. Als Autoren dabei sind der ehemalige REP-Europaabgeordnete Emil Schlee, der zeitweilige Chefredakteur der österreichischen „Zur Zeit“, Helmut Müller, sowie FPÖ-Mann Harald Ofner. Ofners Beitrag ist einer von mehreren Texten, die früheren Veröffentlichungen des Herausgebers entnommen sind. So erscheint Eibichts Text „Deutschland, immer noch ein Wintermärchen“ nun zum fünften Mal in einer seiner Publikationen.

Viele seiner Aufsätze sind seit rund einem halben Jahr im Internet abrufbar. Das neue Buch nennt die Domain konservativ.de, hinter der Alfred Mechttersheimers Deutschland-Bewegung steht und die vom Konservativen Gesprächskreis Hannover betreut wird. Plumper rechtsextremistisch ist die zweite angegebene Fundstelle für Eibicht-Texte, das „Störtebeker-Netz“ aus Stralsund. Einer der Eibicht-Beiträge des aktuellen Bandes ist zuvor in den holocaustleugnenden „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ (Germar Scheerer) erschienen und auf deren Homepage abrufbar. Schwer verträgt sich diese Gesellschaft mit der demokratischen Orientierung der Rechten, die Eibicht und Hipp fordern.

Thomas Pfeiffer

Aktivitäten**„Einstiegsdroge“**

Rassistischer und volksverhetzender Musik muss nach Ansicht des Bundesverfassungsschutzes eine „aggressionsfördernde Wirkung“ zugeschrieben werden.

Nachdem jahrelang Kritik an der Vernachlässigung der Bedeutung rechtsextremer Musikgruppen und Konzerte seitens bundesrepublikanischer Sicherheitsbehörden laut wurde, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz dem Thema nun eine eigene Broschüre gewidmet: Unter dem Titel „Skinheads - Bands und Konzerte“ zeichnen die Verfasser ein Bild der Szene, das die Bedeutung von Musik für jugendliche Subkulturen offenbar ernst nimmt. Rechtsextreme Musik, so heißt es darin, wirke als „Einstiegsdroge“, ihr komme als „verbindendem subkulturellem Element eine wichtige Rolle bei der Entstehung und Verfestigung von Gruppen rechtsextremistischer gewaltbereiter Jugendlicher“ zu. Besonders Skinhead-Konzerte bildeten ein wichtiges Element in der sonst strukturschwachen Szene, heißt es. Auch dienten die Konzerte immer wieder dem Knüpfen von nationalen wie internationalen Kontakten, beobachtet der Verfassungsschutz. Vor allem Konzerte ausländischer Skinbands übten eine enorme Anziehungskraft aus.

Auch rein numerisch spricht der Bericht eine deutliche Sprache, was die steigende Attraktivität rechter Musik angeht: Nach einem kurzfristigen Rückgang im Jahre 1993 - ausgelöst von bundesweiten Durchsuchungsmaßnahmen bei Produzenten und Vertreibern rechtsextremer Musik - stieg die Zahl rechtsextremer Konzerte kontinuierlich an. 1995 wurden noch „nur“ 35 Konzerte registriert, 1996 waren es 70, 1997 106, 1998 schon 128. 1999 gab es laut aktuellem Verfassungsschutzbericht 109 Konzertveranstaltungen. Verwiesen wird auf die ständig steigenden Teilnehmerzahlen: Bis September vergangenen Jahres fanden zwölf Konzerte mit mehr als 600 Teilnehmern statt; davon fünf mit über 1000 Zuhörern. Der Schwerpunkt der Konzerte ist Ostdeutschland, insbesondere Sachsen.

Auch wenn es im Umfeld der Konzerte hauptsächlich zu Propaganda- und nicht zu Gewaltdelikten komme, urteilt der Verfassungsschutz, müsse der rassistischen und volksverhetzenden Musik generell doch eine „aggressionsfördernde Wirkung“ zu-

geschrieben werden. Dass es nicht regelmäßig zu Gewalttaten komme, sei auch darauf zurückzuführen, dass „die Besucher nach den Konzerten durch den Tanzstil und den exzessiven Alkoholgenuß zu solchen Aktivitäten kaum mehr in der Lage sind.“

Besondere Würdigung der Verfassungsschützer erfahren die zurzeit stark aktive neonazistisch orientierte „Blood and Honour“-Bewegung sowie die „Hammerskins“, die 1998 zusammen knapp ein Viertel der Konzerte organisierten. Doch auch die Jungen Nationaldemokraten oder die NPD selber treten vor allem in Sachsen als Konzertveranstalter auf. Daraus sei zu schließen, so das Bundesamt, dass NPD und JN sich nach der jahrelangen - zumindest in der Öffentlichkeit immer wieder vehement vertretenen - Ablehnung der Skinhead-Szene weiter öffnen wollten.

Der Grad an Konspiration bei der Vorbereitung der Konzerte nimmt im Zeitalter der Mobiltelefonie immer absurdere Formen an. So werden statt des Veranstaltungsorts Treffpunkte wie Parkplätze oder Autobahnraststätten genannt. Von dort werden über Mobilnummern nach und nach weitere Informationen bekannt gegeben, die die potenziellen Besucher schlussendlich und oft über Umwege zu den Konzerten leiten. Auch werden Ordner eingesetzt, die die Skinheads an den Treffpunkten sozusagen betreuen beziehungsweise abholen sollen. Doch selbst auf diesem subversivem Wege findet offenbar jeder, was er sucht: Als im vergangenen April die australische Band „Fortress“ nach Kleinpelsen bei Grimma kam, kamen kurzfristig und ohne jede Werbung über 1.000 Besucher zusammen.

Wegen der von den Inhalten in Zusammenhang mit der Musik ausgehenden Gefährdung bestehe, so das Resümee des Verfassungsschutzes, „unter den Sicherheitsbehörden weitgehend Konsens, rechtsextremistische Konzerte - sobald Verbotgründe vorliegen - konsequent, gegebenenfalls auch durch massiven Polizeieinsatz zu verhindern.“ Gerade die Erfahrung mit publikumsstarken Konzerten zeigt aber auch, dass dieses Bestreben in der Praxis zuweilen ad absurdum geführt wird: Bei einem Konzert im sachsen-anhaltinischen Garitz wurde die notdürftig ausgestattete Polizei im vergangenen Herbst geradezu überrannt von den weit über 1000 Skinheads.

Jeannette Goddar

Broschüre über: Bundesamt für Verfassungsschutz, Tel.: 0221/7923838, Fax: -/7921247, Mail: bvinfo@verfassungsschutz.de, Internet: www.verfassungsschutz.de

Verfassungsschutz

Militante gestärkt

Neonazis stoßen in Brandenburg zur NPD, in Sachsen kehren sie ihr den Rücken. Zulauf haben die Skinheads.

Die NPD musste in ihrer Hochburg Sachsen gewaltig Federn lassen. Der sächsische Verfassungsschutz beziffert im aktuellen Bericht den Mitgliederstand der NPD mit nur mehr rund 1.000; gegenüber 1.400 im Vorjahr ein Rückgang um beinahe ein Drittel. Durch den Umzug des NPD-Verlags Deutsche Stimme und der Jungen Nationaldemokraten ins sächsische Riesa dürfte Sachsen für die NPD aber weiterhin einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Der Schwund bei der NPD geht einher mit einer Zunahme des gewaltbereiten Spektrums auf 1.100 (plus 200) Personen. Der NPD-Landesvorsitzende Petzold will diesen Trend offensichtlich umkehren, wenn er in der „Sachsenstimme“ schreibt, dass künftig wieder verstärkt Demonstrationen durchgeführt und auf die Kameradschaften als „Vorfeldorganisationen“ der Partei zurückgegriffen werden sollte.

Die Zahl der dem militanten Spektrum zuzurechnen Skinheads ist auf 800 (1998: 750) angestiegen. Innerhalb der Skinheadszone zeige sich eine Tendenz zur Strukturierung durch Gruppen wie die „White Terror Skins Leipzig“ oder die „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) im Raum Pirna, von denen nach Angaben des sächsischen Innenministeriums auch Anti-Antifa-Aktivitäten bekannt geworden sind. Nach Erkenntnissen des Landesverfassungsschutzes unterhält die NPD enge Kontakte zur SSS. Rund ein Dutzend sogenannter unabhängiger Kameradschaften, denen etwa 250 überwiegend Jugendliche zuzurechnen sind, sind im Berichtszeitraum neu entstanden.

Knapp zwei Drittel der insgesamt 2.940 Rechtsextremisten im Freistaat sind jünger als 27 Jahre. Stagnation kennzeichnet das Erscheinungsbild von Republikanern und DVU, die ihren Stand von 300 beziehungsweise 400 Mitgliedern halten konnten. Erwähnung im Bericht findet erstmals die Junge Landsmannschaft Ostpreußen.

Die rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten waren mit 86 Vorfällen leicht rückläufig, es gab allerdings vier versuchte Tötungsdelikte. Bei den rechtsextremistischen Straftaten insgesamt ist ein Rückgang um neun Prozent auf 1.291 Delikte (1998: 1.4229) zu verzeichnen.

Brandenburg macht nach wie vor durch gewalttätige Übergriffe regelmäßige Schlagzeilen. Im Monat Mai wurden unter anderem ein Brandanschlag auf eine vietnamesische Familie in Belzig bekannt, in Frankfurt/Oder griffen Jugendliche drei Ausländer an. Das Landgericht Neuruppin verurteilte im Mai einen 17-Jährigen, der an einem ausländerfeindlichen Brandanschlag im Februar vergangenen Jahres auf einen Dönerimbiss in Wittstock beteiligt war, wegen versuchten Mordes zu sechs Jahren Gefängnis. In einem ersten Prozess hatte das Gericht eine Jugendstrafe von dreieinhalb Jahren ausgesprochen, wogegen die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt hatte.

Die Zahl der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten ist 1999 auf 62 (1998: 59) angestiegen, teilte der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm bei der Vorstellung des aktuellen Landesverfassungsschutzberichtes mit. In der Statistik nicht enthalten ist die tödliche Hetzjagd auf den Algerier Farid Guendoul im Februar vergangenen Jahres in Guben. Der Prozess vor dem Landgericht Guben dauert noch an. Bereits zum vierten Mal wurde der für das Opfer errichtete Gedenkstein geschändet. Mit 45 zum Teil brutalen fremdenfeindlich motivierten Körperverletzungen und zwei Tötungsversuchen basieren die Gewalttaten in Brandenburg nach wie vor auf hohem Niveau. Die rechtsextremistischen Straftaten insgesamt sind aber nach Angaben der Behörden um 21 auf 288 Vorfälle zurückgegangen.

Das militante Personenspektrum in Brandenburg ist bis Ende 1999 auf 580 Personen (plus 30) angewachsen, die meisten davon Skinheads. Das neonazistische Potenzial ist nach Angaben des Berichts ebenfalls von 120 auf 175 Aktivisten angestiegen. Wie im Vorjahr zählen die Verfassungsschützer etwa 120 Personen zur neonazistischen autonomen Kameradschaftsszene Brandenburgs. Ein neuer Versuch zu deren Vernetzung würde hier durch das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NAMS) gestartet, das erstmals im August aufgetreten sei. Als Drahtzieher hinter NAMS wird der Neonazi Frank Schwerdt, Mitglied im NPD-Bundesvorstand, gesehen.

Die NPD konnte 50 neue Mitglieder, hauptsächlich aus der Neonazi- und Skinhead-Szene gewinnen und steigerte sich in Brandenburg auf 200 Anhänger. Die DVU, der im September mit fünf Abgeordneten der Einzug in den Potsdamer Landtag gelang, verdoppelte ihren Mitgliederstand auf 400. Lediglich die Republikaner liegen im rasanten Abwärtstrend und verfügen nach einem Aderlass von 90 noch über 240 Mitstreiter.

G.N.

Dokumentation

Deutscher Bundestag – Rechtsextremismus im Jahr 1999

Wie auch in den Vorjahren dokumentieren wir nachstehend die parlamentarischen Aktivitäten für das Jahr 1999 (vgl. dazu auch BNR 1/96 <1995>, 2/97 <1996>, 12/98 <1997> und 4/99 <1998>). Die weitaus meisten Anfragen wurden von der PDS gestellt.

Thema	Antragsteller/-in	Drs.Nr.
Straftaten antisemitisch 4.Quartal/1998	U. Jelpke, PDS	14/311-374
1.Quartal/1999	U. Jelpke, PDS	14/801-957
2.Quartal/1999	U. Jelpke, PDS	14/1462-1496
3.Quartal/1999	U. Jelpke, PDS	14/1736-2051
Ausschreitungen: fremdenfeindlich, rechtsextrem November und Dezember 1998	U. Jelpke, PDS	14/314-375
Januar und Februar 1999	U. Jelpke, PDS	14/634-730
März 1999	U. Jelpke, PDS	14/803-956
April 1999	U. Jelpke, PDS	14/1061-1112
Mai 1999	U. Jelpke, PDS	14/1336-1452
Juni 1999	U. Jelpke, PDS	14/1461-1497
Juli 1999	U. Jelpke, PDS	14/1530-1639
August 1999	U. Jelpke, PDS	14/1794-1891
September 1999	U. Jelpke, PDS	14/1735-2053
Oktober 1999	U. Jelpke, PDS	14/2021-2220
November 1999	U. Jelpke, PDS	14/2315-2476
Dezember 1999	U. Jelpke, PDS	14/2500
Tötungsdelikte: fremdenfeindlich oder aus rechtsextremistischer Motivation 1998	U. Jelpke, PDS	14/379-480
Bundeswehr: Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus	Bericht Wehrbeauftr.	14/1807
Ahnenstätte Conneforde-„Grabrede“ BM Funke	A. Buntentbach, B 90/Grüne	14/722
Morde, von Rechtsextremen begangen, seit 1990	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/726-805 - -
- Nachfrage I Tötung Polizeibeamter in SH	U. Jelpke, PDS	14/1691-1812
- Nachfrage II Tötg. eines Vietnamesen in Fredersdorf	U. Jelpke, PDS	14/1804-1868

Thema	Antragsteller/-in	Drs.Nr.
– Nachfrage III		Dto. 14/2344-2461
– Nachfrage IV		Dto. 14/2418-2465
Ritterkreuzträgertreffen, Teilnahme Bundeswehroffz.	A. Buntentbach B90/Grüne	14/773
Rechtsextremismus: Verfassungsschutzbericht - nicht aufgeführte Organisationen und Verlage; Zielgruppen	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/859-1074
Geopolitik 2000 – Werbung in Bundeswehr-Zeitschr.	U. Jelpke, H. Lippmann, PDS	14/1079
Traditionsverbände und Rechtsextreme	U. Jelpke, H. Lippmann, PDS	14/1376-1485
PDS – Werbung und Zusammenarbeit um rechtsextreme Wähler und Organisationen	H. Koschyk, CDU/ CSU	14/1270-PIPr 14/49-4311
Stahlhelm-Kampfbund für Europa und Rechtsextremismus	U. Jelpke, P. Pau PDS	14/1446-1480
Türkische Gruppen, Rechtsextremismus, Gewaltdelikte seit 1995, Angaben in den VerfSchBer. 97/98	U. Lötzer, PDS	14/1458
Straftäter von Eggesin, Ermittlungen GBA	U. Jelpke, P. Pau, PDS	141810-2012
NS-Parolen, öffentl. Verbreitung, Haltung d. BundesR	U. Jelpke, E. Kenzler, PDS	14/1802-1991
Fremdenfeindlichkeit, tödl. Überfall auf einen Afrikaner in Kolbermoor bei Chemnitz am 6.10.1999	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/1811-1995
Stahlhelm – Aktivitäten in Niedersachs., insbes. Jork	M. Krogmann, CDU/CSU	14/2331-
Rechtsextremismus – Tötung eines Mannes am 7.10.1999 in Berlin	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/2393-2464
Indizierung rechtsextremer Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Videokass., CD u. Computerspiele 1999	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/2503-
Tötungsdelikte u. Straftaten m. Todesfolge sowie Gewalttaten mit zu vermut. fremdenfeindlicher oder rechtsextremer Motivation 1999	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/2504-
Skinhead-Musik, rechtsextrem, 1999	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/2506-
-Veranstaltungen, Musikgruppen, Liedermacher, Anbieter, Tonträger, Videos, Int. Verbindungen	U. Jelpke, P. Pau, PDS	14/2528-
<i>Bearbeiter: Klaus-Henning Rosen</i>		

Grauzone**Kultstätte der Nazis****Stadt Verden unterschlägt die braune Geschichte des Sachsenhains**

Die junge Dezernentin für Stadtmarketing in Verden an der Aller ist überrascht. Bisher habe niemand dem Umgang der Stadt mit dem Sachsenhain kritisiert. Sie verstehe gar nicht, wie man sich darüber empören könne.

Der Sachsenhain ist ein mehr als zwei Kilometer langer, von 4500 Findlingen gesäumter Rundweg um eine Wiese. Ein Stein für jeden Sachsen, der sich nicht zum Christentum bekehren wollte und anno 782 von Karl dem Großen auf jener Wiese hingerichtet worden sein soll. Doch mit dem Verdener „Blutgericht“ hat die Anlage nur entfernt zu tun. In erster Linie ist der Sachsenhain eine Kultstätte der Nationalsozialisten. Davon gibt es einige in Niedersachsen, das die Nazis als Kernland des Ariertums ansahen. Eine umfassende Darstellung fehlt, und Einzeluntersuchungen sind rar gesät.

Bei dem Versuch, seine Weltanschauung in die Geschichte zurück zu projizieren, wurde Alfred Rosenberg in Marsch und Moor, auf Geest und Heide reichlich fündig. Jungsteinzeitliche Grabstätten, sogenannte Hünengräber, wurden benutzt, um Christentum durch Neuheidentum, „Gott“ durch „GOT“ zu ersetzen. War nichts Passendes zur Hand, wurde es selbst gemacht. Wie der Sachsenhain.

Ob tatsächlich 4 500 Sachsen hingerichtet wurden und ob sie wirklich getötet und nicht nur umgesiedelt wurden, ist nicht mehr belegbar. Die schriftliche Überlieferung spricht von einer „großen Zahl“ - das können auch 45 oder 450 sein. Die 4 500 gehen auf das Konto der Legendenbildung, die in der Hauptquelle für die Nazis gipfelt: „Die rote Beeke“ (Der rote Bach), eine 1906 von Hermann Löns veröffentlichte Novelle. Der im Ersten Weltkrieg gefallene Heide-Dichter hatte zur NS-Zeit selbst Kultstatus. 1934 ließ Hitler Löns' angeblich auf einem französischen Schlachtfeld entdeckten Gebeine von der SA ausgraben und unter entsprechendem Pomp erneut bestatten.

Die Errichtung des Sachsenhains begann mit einer Kundgebung am 23. Juni 1934. Vor 60 000 Menschen im Verdener Reiterstadion verglich Rosenberg seinen Führer mit dem Sachsenherzog Widukind. Um Mitternacht weihte Reichsjugendführer Baldur von Schirach bei einer Sonnenwendfei-

er ein nachgemachtes Hünengrab als vorläufiges Denkmal ein. Dann wurden die niedersächsischen Gemeinden vergattert, Steine nach Verden zu schaffen. Die SS überwachte die Aktion. Die Findlinge sind um einen rechteckigen Thingplatz angeordnet. Es gibt eine Art Redekanzel, „Führerstand“ genannt. Am Rand des Rundwegs wurden alte Bauernhäuser, die man anderswo abgebrochen hatte, aufgebaut; sie dienten der SS als Unterkunfts- und Schulungsstätten.

Ein Satz über das „Blutgericht“ und der Hinweis „errichtet 1935“ - mehr erfährt der Tourist weder in der Broschüre „Tipps für den Gast“ noch auf der Internet-Site über den Sachsenhain. Während 1985, als Verden 1000 Jahre Stadtrechte feierte, die Chronik das Areal völlig unterschlug, wird es heute als Hauptsehenswürdigkeit neben Dom und Storchstation angepriesen. Keine Tafel dokumentiert die Entstehung der monströsen Anlage. Unkundige mögen sie für eine authentische germanische Stätte halten: Die von Rosenberg und Himmler beabsichtigte Täuschung wäre damit gelungen.

Mittlerweile gehört das Gelände der evangelischen Kirche, die dort einen „Jugendhof“ unterhält: „ein Ensemble wunderschön restaurierter Fachwerkhäuser“ wird die Hinterlassenschaft offiziell genannt, die Findlinge heißen verharmlosend „Hinkelsteine“. Mit Bibelsprüchen auf einigen Steinen eignete sich die Kirche den Platz an. Kein Grund für braune Sekten wie die Deutschgläubige Gemeinschaft, das Areal zu meiden: „Wir umwanderten das heute von christlichen Bubenhänden mit Meißeln geschändete Mahnmal. Ein neues, riesiges Holzkreuz direkt an der Blutbeeke verhöhnt dort das Opfer, die Treue und die Ehre unserer heidnischen Vorfahren!“

Am Freitag vor Ostern, das die Neuheiden als Naturfest definieren, soll der „Sachsenmord“ stattgefunden haben. An diesem „Stillen Freitag“ steht das Gedenken in Verden auf dem Terminzettel. Nach den Externsteinen beim westfälischen Detmold steht der Sachsenhain ganz oben auf der Liste nazistischer Kultstätten, zu denen die Wiedergänger Hitlers und Himmlers bis heute pilgern. Im Internet nur ein Literaturhinweis für das Schlagwort: Eine Broschüre von Jürgen Rieger, unter anderem Leiter der rassistischen Artgemeinschaft.

Von alledem will die Dezernentin für Stadtmarketing nie etwas gehört haben. Auch nicht, dass der Schriftzug Hitler und das Hakenkreuz nicht von allen Steinen getilgt wurden.

Uwe Ruprecht

Bücherschau**Dokumente des Exils**

„Die Aktion“, eine Berliner Wochenschrift mit dem Untertitel „Zeitschrift für freiheitliche Politik und Literatur“, erschien zum ersten Mal am 20. Februar 1911. Sie tritt, so die programmatische Note am Ende des ersten Heftes, deren Urheberschaft später Kurt Hiller für sich in Anspruch genommen hat, „für die Idee der Großen Deutschen Linken ein ... will den imposanten Gedanken einer ‘Organisierung der Intelligenz’ fördern und dem lange verpönten Wort ‘Kulturkampf’ ... wieder zu seinem alten Glanz verhelfen... ‘Die Aktion’ hat den Ehrgeiz, ein Organ des ehrlichen Radikalismus zu sein.“

Dass dieser hochgemute Anspruch eingelöst werden konnte, wenigstens für die ersten Jahre, ist das Verdienst des Herausgebers Franz Pfemfert, der mit Spürsinn für das Neue und einem untrüglichen Sinn für Qualität zahlreiche Beiträge um sich zu scharen wusste und die Zeitschrift, die sein Lebenswerk wurde, mit ihrer damals neuartigen Verbindung von Politik, Literatur und Graphik von Anfang an zu einem Sammelpunkt der politisch-literarischen Aufbruchsbewegung des Expressionismus machte. Nach 1918 verlor „Die Aktion“ rasch ihre literarische Funktion; die veröffentlichten politischen Beiträge belegten den Weg ihres Herausgebers vom Anhänger des Spartakusbundes und Verehrers Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts über die linkskommunistische KAPD zur syndikalistischen AAUD.

Die letzte Ausgabe der „Aktion“ erschien im August 1932. Franz Pfemfert, der von Thea Sternheim 1923 das Photographieren erlernte - damit bestritt er seinen Lebensunterhalt -, emigrierte mit seiner Frau, der Trotzki-Übersetzerin Alexandra Ramm, nach der Machtergreifung der Nazis über Karlsbad, Paris, Lissabon, New York nach Mexiko City. Dort starb er am 26. Mai 1954. „Nichts“, so Manfred George in seinem Nachruf „Ein Berliner in Mexiko“, „musste diesem Berliner Menschen fremder sein als die heiße, farbige, katholisch-spanisch-indianische Umwelt“, die ihn dort umgab.

Im Gefolge der Wiederentdeckung des Expressionismus, die 1960 von Paul Raabes Ausstellung im Nationalmuseum in Marbach ihren Ausgang nahm, schlug auch die Stunde Franz Pfemferts von Neuem. „Die Aktion“ liegt seit über zwanzig Jahren vollständig im Reprint vor, einige Auswahlbände

sind erschienen und mehrere Dissertationen, die, dem damaligen Zeitgeist entsprechend, vornehmlich Pfemferts verwickelten politisch-ideologischen Weg nachzeichnen. Seine „riesige wissenschaftliche und literarische Bibliothek“ und ein „unschätzbares, in Jahrzehnten gesammeltes Archiv“ wurden, wie seine Schwägerin als Augenzeugin berichtet hat, im März 1933 von den Nazis lastwagenweise verschleppt; beides ist bisher nicht wieder aufgetaucht. Der für 1951 angekündigte Band „Meine Erinnerungen und Abrechnungen“, führt zwar in einigen Nachschlagewerken ein Schattendasein, ist aber in Wahrheit nie erschienen.

Deshalb, und angesichts dieser Vorgeschichte, kommt es einer Sensation gleich, wenn jetzt, unter eben diesem Titel, auf insgesamt 681 Seiten eine Auswahl von Texten und Briefen publiziert wurde, die zum allergrößten Teil bisher unbekannt oder doch unveröffentlicht sind. Die beiden Herausgeber, Lisbeth Exner und Herbert Kapfer, haben von Ellen Otten, der Witwe des mit Franz Pfemfert befreundeten expressionistischen Dichters Karl Otten, dessen Korrespondenz mit Pfemfert aus den Jahren 1949 bis 1953 zur Veröffentlichung erhalten, dazu 22 Erinnerungstexte, in ihrer Mehrzahl bisher ebenfalls unveröffentlicht, die für die rezeptionsgeschichtlich bedeutsame, von Roland H. Wiegenstein zusammengestellte und am 25. Februar 1961 aus Anlass des fünfzigjährigen Jubiläums der Gründung der Zeitschrift ausgestrahlte WDR-Sendung „Die Aktion, Stimmen der Freunde“ bestimmt waren. Weitere Recherchen ergaben, dass darüber hinaus in europäischen und amerikanischen Archiven eine umfängliche Korrespondenz erhalten geblieben ist, darunter der Briefwechsel zwischen Leo Trotzki, Franz Pfemfert und Alexandra Ramm, der über 560 Briefe umfasst.

In chronologischer Folge abgedruckt werden 220 Briefe und Postkarten von Franz Pfemfert, 25 Briefe, die Alexandra Ramm allein oder mit ihrem Mann schrieb sowie 16 Briefe an Pfemfert (unter anderem von Johannes R. Becher, Georg Friedrich Nicolai, Ruth Fischer und Karl Otten; darunter Brief von Emma Goldman zur Charakterisierung Lenins). Die Korrespondenz des Anfangs zeigt den rastlosen Publizisten, der trotz seines Erfolgs immer wieder die finanzielle Hilfe von Erna Kröner, der Tochter des Verlegers Alfred Kröner, die mit dem Lyriker Wilhelm Klemm verheiratet war, benötigte. Rat und Hilfe kamen ebenso von dem unorthodoxen Schweizer Kommunisten Fritz Brupbacher, mit dem die Pfemferts befreundet waren.

An Fritz Brupbacher in Zürich ist auch der telegraphische Hilferuf, abgesandt am 16. März 1933 in Karlsbad, der ersten Station des Exils, gerichtet: „wohnung zertruemmert letzte groschen geraubt nur leben mit anja hierher gerettet helft uns telegraphisch adresse: hotel paradies.“ Aus Karlsbad, wo er als Fotograf arbeitet, vertreiben ihn drei Jahre später massive und seine Existenz gefährdende kommunistische Proteste, die Folge eines „Offenen Briefes“ an Heinrich Mann, den Pfemfert zum Protest gegen die Moskauer Prozesse auffordert und dessen Antwort er „skandalös“ findet – ein überzeugendes Beispiel im Übrigen für sein politisches Urteilsvermögen.

Pfemferts frühzeitiger publizistischer Kampf gegen die Stalinisierung wie sein syndikalistisches und trotzkistisches Engagement bedrohen und gefährden seine Existenz auch in den Folgejahren. In Frankreich, aus dem er nur mit Mühen entkommt, in den Vereinigten Staaten, wo er nicht bleiben darf – vor allem in Mexiko, einem Zentrum der deutschen kommunistischen Emigration, wo er ebenso einzelgängerisch wie vereinsamt lebt. Und es sind dies nicht bloße Wahnvorstellungen, sondern Widerspiegelungen der damaligen politischen Lage. Stephen S. Kalmar, ein Flüchtling aus Wien, der die Kriegsjahre in Mexiko verbrachte, beschreibt sie in der Ausgabe 1/1998 der Wiener Zeitschrift „Mit der Ziehharmonika“, die dem Exil in Mexiko gewidmet ist, mit großer Eindringlichkeit: „Heute wird es sehr unterschätzt, was es in 1939, 40, 41 bedeutete, Anti-Stalinist zu sein. Heute wird die wirkliche Situation verschleiert, indem man sozialistische, kommunistische, stalinistische, trotzkistische Einstellungen bloß als theoretische Schattierungen linker Leute ansieht. Heute ist es schon fast vergessen, dass wo immer Stalinisten Einfluss hatten, es eine Frage von Leben und Tod war, Anti-Stalinist zu sein. Natürlich in Russland, aber ebenso in allen Ländern, wo Stalin Einfluss hatte, zum Beispiel Spanien, aber durch seine Agenten ... auch in Mexiko...wo die Gewerkschaften unter stalinistischer Führung standen.“

Liest man Pfemferts eindringliche Schilderungen seines armseligen Lebens in Mexiko in den Briefen an Rudolf Rocker, Ruth Fischer und Karl Otten unter diesem Blickwinkel, so wird auch verständlich und nachvollziehbar, warum er „die beiden Neu-Antistalinen“ Margarete Buber-Neumann und ihre Schwester Babette Gross – übrigens ohne Erfolg – mit Prozessen wegen Diebstahls seiner Urheberrechte überzieht, weil sie 1951/52 in Frankfurt die Monatsschrift „Aktion“ herausgaben:

Dass sich ausgerechnet vormalige Stalinisten seines Lebenswerkes bemächtigten, denn so musste es ihm erscheinen, konnte nur den wütendsten Protest hervorrufen, zumal er immer wieder von der Hoffnung schreibt, die Zeitschrift erneut herauszugeben und in ihr seine Abrechnung mit der Zeit zu veröffentlichen.

Als Engführung und Verdichtung seiner Verzweiflung erscheint der wahrhaft erschütternde Brief an Karl Otten vom 21. Mai 1953, in dem Pfemfert „die größte Tragödie, die uns seit 1933 traf“, schildert, den Tod der Katze Katju, für den er den behandelnden Tierarzt verantwortlich macht, der deshalb mit Hilfe einer internationalen Briefkampagne als Mörder gebrandmarkt werden soll. Die Briefe aus diesem Umkreis gehören zu den bewegendsten Zeugnissen der deutschen Exilliteratur. Man mag darin, wie Herbert Kapfer es tut, ein 'paranoides Konstrukt' sehen, verfehlt damit jedoch, die dem Vorgang angemessene Interpretationsebene.

Überhaupt kann man über manche Wertungen und Einschätzungen der Herausgeber anderer Meinung sein; das „Beziehungsmuster Abrechnung“ zum Beispiel, von dem Lisbeth Exner Pfemfert beherrscht sieht, ist eher ein zeittypisches als nur in seiner Person liegendes: „Wir alle waren im Verwerfen stark, aber auch im Verehren“ schreibt Kurt Hiller in seinen Erinnerungen „Leben gegen die Zeit“; dort ist auch vom Erlebnis des „Abfalls“, das sich mehrfach wiederholt habe, die Rede. Die damalige Zeit war eben entschieden polemischer als wir es gewohnt sind, und die Auseinandersetzungen, die Kurt Hiller, Alfred Kerr, Karl Kraus und andere geführt haben, sind in ihrer Schärfe und Schroffheit heute kaum mehr vorstellbar.

Doch diese Anmerkungen mindern nicht die Freude an dem mustergültig edierten, ausreichend kommentierten und mit einem Register versehenen Band, der einen Autor, der schon fast in der Schublade verschwunden war, wieder in die Gegenwart, in die lebendige literarische und politische Auseinandersetzung mit seiner Zeit, zurückholt. Dass er außerdem ein hervorragender Photograph war, zeigen die vielen Porträts Prominenter und auch Unbekannter aus seiner Werkstatt, die der Ausgabe beigegeben wurden. *Theo Meier-Ewert*

Pfemfert, Erinnerungen und Abrechnungen, Texte und Briefe, herausgegeben von Lisbeth Exner und Herbert Kapfer, unter Mitarbeit und mit einem Vorwort von Ellen Otten, belleville Verlag Michael Farin, Hornmayerstraße 15, 80997 München, ISBN 3-923646-35-6, München: 1999, 680 Seiten, 98 Mark.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Die NPD will ihre Monatszeitung „Deutsche Stimme“ (DS), die nunmehr im 25. Jahrgang erscheint, „zu der führenden nationalistischen Wochenzeitung“ ausbauen. Als Zwischenabschnitt habe man „bereits mittelfristig die Umstellung auf ein zweiwöchentliches Erscheinen im Blick“, heißt es in einer Mitteilung der DS-Verlags GmbH. Gesellschafter des DS-Verlags sind (Stand: 1/2000): Erwin Kemna (Ladbergen; DM 110.500), Eberhard Müller (Köngen; DM 215.500) und Wolfgang Schüler (Böhlitz-Ehrenberg; DM 104.000). Im Jahr 1998 betrug der Umsatz des DS-Verlags eine Million Mark.

■ **Berlin** - Ein Gemälde, das einen „SS-Reiter auf Pferd“ (60 auf 40 cm) zeigt, wird derzeit in rechts-extremen und ewig gestrigen Kreisen zum Verkauf angeboten. Als Anbieter tritt der Berliner Ingmar Raband, gegen den 1987 ein Ermittlungsverfahren unter anderem wegen des Verdachts des Verstoßes gegen alliierte Verbotsbestimmungen eingeleitet worden war, in Erscheinung. Raband findet sich auch auf der Anschriftenliste der österreichischen Neonazi-Truppe Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO).

■ **Berlin** - Der notorische Rechtsextremist Johannes P. Ney (Rethem; geb. 1922 in München), Autor in Blättern wie „Sleipnir“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ sowie „Recht und Wahrheit“, hat Strafanzeige gegen Bundespräsident Johannes Rau gestellt. Ney, von 1940 bis 1945 Offizier in der Kriegsmarine, bezichtigt den Bundespräsidenten „Verbrechen“ wie Hochverrat, Völkermord, Friedensbruch und Volksverhetzung. Rau hat nach Auffassung von Ney, der seit 1982 dem rassistischen „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SDV) angehört, mit seiner Rede vom 8. Mai „bewiesen, dass er nicht nur den Hochverrat plant, sondern dass er ihn tätig durchführt.“

■ **Bornheim** - Der emeritierte Hochschulprofessor Hans-Helmuth Knütter (Bornheim) betreibt neuerdings unter der Bezeichnung „links-enttarnt.de“ eine eigene Homepage. In seinem Grundsatzkommentar „Was heißt heute 'links'“ heißt es: „Der Antifaschismus ist der letzte Rettungsanker“ der „Linken, die nach wie vor bekämpft werden müssen“. Knütter stellt fest: „'Links enttarnt' - das ist nicht

überflüssig, kein Kampf gegen ein Gespenst. Dieser 'Leftismus' gleicht einem Angstbeißer: Aggressiv aus Schwäche, gefährlich aus Verzweiflung und gefördert durch die Dummheit von Mitläufern aus der Randzone des Establishments. Erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Aber vor der Erkenntnis steht die Enttarnung. Hier ist sie.“

■ **Karlsruhe** - Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert (60) muss seine gesamte Haftstrafe absitzen. Das Karlsruher Oberlandesgericht lehnte eine vorzeitige Haftentlassung des in Bruchsal einsitzenden notorischen Rechtsextremisten ab. Die gegenwärtige Gesamtstrafe Deckerts liegt bei fünf Jahren. Sie wurde, wie Deckert in einer Richtigstellung in der April-Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ anmerkte, „auch durch die sog. Rechtskraft von weiteren Monaten“ nicht erhöht. „Endstrafe ist demzufolge der 17. November 2000. Richtig ist weiterhin, dass bislang zwei Anträge auf Aussetzung der Reststrafe wegen 'schlechter Sozialprognose' abgelehnt worden sind.“

■ **Karlsruhe** - Getarnt als „Geburtstagsveranstaltung“ veranstaltete das neonazistische Netzwerk Blood & Honour (B&H) am 20. Mai in einem Vereinsheim in Karlsruhe-Durlach ein braunes Rockkonzert. Vor Ort waren rund 400 Skinheads. B&H-Führer im südwestdeutschen Raum ist der im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen lebende Achim Pfeiffer (geb. 1969), der zeitweilig der Berliner Skin-Szene angehörte.

■ **Kitzingen** - Klaus Mathes (Iphofen), einer der Köpfe der Neonazi-Skin-Szene in Nordbayern, Herausgeber des Zines „Franken's Widerstand“ und Führer einer gleichnamigen Gruppe, wurde vom Amtsgericht Kitzingen zu drei Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2.500 Mark verurteilt. In Ausgabe 3 von „Frankens Widerstand“ hatte die „Frage“ gestanden: „Was haltet ihr davon, dass unsere schöne Reichshauptstadt von ausländischen Mitbürgern verunreinigt wird?“ Mathes, der auch in der Adressenkartei der verbotenen Nationalistischen Front geführt wurde, ist Unterzeichner der „Pulheimer Erklärung“, in der die Einheit der „nationalen Rechten“ gefordert wird.

■ **Ulm** - Das Ulmer Landgericht hat die Berufung des mehrfach vorbestraften 32-jährigen Skinheads Torsten Moeske verworfen, der im Oktober 1999 wegen Volksverhetzung verurteilt worden war.

Moeske betrieb unter dem Label „Clockwork Records“ den ersten größeren Skin-Versandhandel von einschlägigen CDs in Süddeutschland. Die Texte auf den von Moeske vertriebenen CDs (unter anderem „Zillertaler Türkenjäger“, „DJ Adolf“) „fordern in menschenverachtender Weise teilweise massiv zur Tötung von Menschen auf“, urteilte das Gericht. Die Kammer bestätigte das Urteil des Amtsgerichts - ein Jahr und sechs Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung - im Wesentlichen. Bei mehreren Hausdurchsuchungen stellte der Staatsschutz bei Moeske etwa 40.000 CDs sicher. Moeske war unter anderem selbst als Produzent aktiv und ließ CDs in Tschechien und den USA pressen. In Belgien besaß er eine Briefkastenfirma. Wegen der zahlreichen Vorstrafen wurde eine Aussetzung der Haftstrafe zur Bewährung abgelehnt.

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** - Die in Kalifornien/USA ansässige Internet-Plattform Yahoo wurde von einem französischen Gericht wegen Auktionen von Nazi-Objekten zu einer Geldstrafe in Höhe von 2.790 Dollar verurteilt. Bis zum 24. Juli wurde Yahoo Zeit gegeben, um Wege zu finden, wie sich das anstößige Angebot für französische Nutzer sperren ließe. Bei weiterer Missachtung des Gesetzes droht Yahoo dann eine Strafe von 91.000 Dollar täglich. Yahoo hatte argumentiert, dass die Auktion von Nazi-Objekten von der US-amerikanischen Verfassung als Meinungsfreiheit geschützt werde. Angestrengt hatten den Prozess die Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (Licra) und der Verband jüdischer Studenten.

■ **Frankreich (Paris)** - Zwei weitere FN-Parteifunktionäre haben jetzt der politischen Formation von Jean-Marie Le Pen den Rücken gekehrt. Es handelt sich um zum einen um Sid Ahmed Yahiaoui, Abgeordneter im Regionalparlament in Marseille. Er war bisher eines der prominenteren algerisch-stämmigen Mitglieder des FN. Yahiaoui erklärte, er habe es nicht geschafft, beim FN „seine Ideen und Werte, insbesondere was das Recht auf Differenz betrifft“, anerkannt zu sehen. Der andere - prominente - Abgang betrifft Cendrine Le Chevallier, die Gattin des Bürgermeister der südfranzösischen Stadt Toulon, Jean-Marie Le Chevallier, der bereits Ende März 1999 aus der Le Pen-Partei ausgetreten war. Seine Ehefrau war aber bisher noch beim FN verblieben und hatte auch ihr Mandat als Abgeordnete des Regionalparlaments in PACA beibehalten.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 12-2000 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

■ **Österreich (Wien)** - Die aktuelle Mailingliste des antisemitisch und verschwörungstheoretischen „Ostara Pressedienstes“ („b-forum“) des Wiener Neonazis Frank Swoboda (BNR 23/99) umfasst derzeit etwa 150 eMail-Adressen. Darunter finden sich unter anderen die Zeitschriften „Sleipnir“, „Phoenix“, „Nation&Europa“, „Politische Hintergrundinformationen“, „Recht und Wahrheit“, „Das Ostpreußenblatt“ und „Zur Zeit“. An Parteien und Organisationen sind vertreten: Republikaner, NPD, Bund Freier Bürger, Junge Landsmannschaft Ostpreußen/Sachsen. Neonazis wie Frank Renniecke, Andre Goertz und Ralf Kottke (unter seinem Pseudonym „Thorin Eichenschild“) stehen ebenso auf der Liste wie „Radio Germania“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto